

AFGHANISTAN Die Nato steht vor schweren Entscheidungen: mehr Soldaten oder Rückzug auf Raten? Alle blicken nach Washington

# Ausbilder gesucht

DEUTSCHLAND Der Bundestag muss bis Dezember ein neues Mandat beschließen

Von Thomas Gutschker

Das erste außenpolitische Dossier, das auf dem Tisch der nächsten Bundesregierung landet, trägt die Aufschrift „Afghanistan“. Am 13. Dezember läuft das geltende Bundeswehrmandat aus. Der Bundestag hat somit nach seiner konstituierenden Sitzung in der letzten Oktoberwoche nur sechs Wochen Zeit, um jene Debatte über die Zukunft des Einsatzes zu führen, die Union und SPD aus dem Wahlkampf heraushalten wollten. Die Abgeordneten hatten sich vor einem Jahr entschieden, den Einsatz der deutschen Soldaten bis über die Bundestagswahl hinaus zu genehmigen – um dessen Verlängerung oder Änderung dem neu gewählten Parlament zu überlassen.

Was auf Berlin zukommt, hängt davon ab, wie der amerikanische Präsident den Einsatz seiner Truppen ausrichtet. Barack Obama muss in Kürze entscheiden, ob er die Zahl der US-Soldaten nochmals deutlich erhöht oder ob er stufenweise den Abzug einleitet. Für Letzteres plädieren sein Stellvertreter Joseph Biden, Sicherheitsberater James Jones und Stabschef Rahm Emanuel. Die USA sollen sich demnach auf die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte beschränken und mit Luftschlägen verhindern, dass Al-Kaida nach Afghanistan zurückkehrt.

Dagegen hat Obamas Oberbefehlshaber am Hindukusch, General Stanley McChrystal, jetzt auch formell um eine massive Aufstockung der Soldaten ersucht. In Washington ist von 30 000 bis 40 000 Mann die Rede. „Unangemessene Ressourcen werden wahrscheinlich zu einer Niederlage führen“, warnt McChrystal in seiner düsteren, an die Medien durchgestochenen Lageeinschätzung von Ende August. Unterstützt wird der General von Außenministerin Hillary Clinton und vom Sonderbotschafter für die Region, Richard Holbrooke.

Auch deutsche Fachleute sind uneins. „Mit Drohnen-Einsätzen allein kann man weder die Taliban besiegen noch die Bevölkerung gewinnen“, sagt Klaus Naumann, der frühere Generalinspekteur und Vorsitzende des Nato-Militärausschusses. Rückzug sei keine verantwortbare Lösung, das würde mehr Terrorismus und neues Leiden der Afghanen zur Folge haben. „Obama sollte die Truppenzahl jetzt nochmals signifikant erhöhen“, stimmt Karl-Heinz Kamp zu. Der Forschungsdirektor des Nato Defence College in Rom schränkt aber ein, „dass Obama den Afghanen deutlich machen muss, dass sie in absehbarer Zeit selbst für ihre Sicherheit Sorge zu tragen haben“. Jede Offensive werde bis 2011 zu Ende gehen, wenn Kanada und Niederländer ihre Mission gemäß Parlamentsbeschlüssen beenden wollen.

Gegen eine Truppenaufstockung plädieren dagegen zwei Afghanistan-Kenner. „Viele Afghanen werden es ablehnen, dass die Nato so viele Soldaten wie einst die Sowjetunion ins Land schickt“, sagt Thomas Ruttig von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Bis dato sind 95 000 westliche Kräfte im

Einsatz; die Rote Armee hatte 1979 bis 1989 etwa 120 000 Mann unter Waffen. Conrad Schetter vom Zentrum für Entwicklungsforschung in Bonn empfiehlt, in den kommenden fünf Jahren 80 Prozent der Truppen abzuziehen und die Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte auf Kabul zu konzentrieren. „Dann wären wir wieder da, wo wir am Anfang des Einsatzes 2002 standen.“

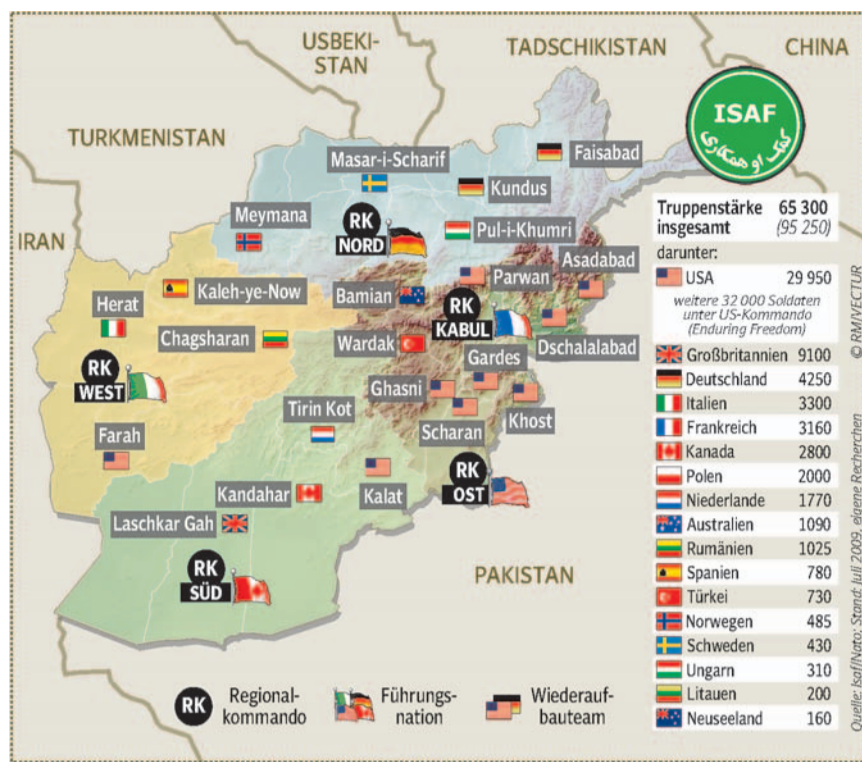
Sollte sich General McChrystal durchsetzen, hätte dies zwei Folgen für die Bundeswehr: Die Amerikaner dürften nicht nur mehr Soldaten fordern, sondern auch die Aufhebung der Einsatzbeschränkung auf den Nordsektor des Landes. „Die geografische Stationierung von Kräften darf nicht statisch sein; Isaf muss die operative Flexibilität behalten, sich an Veränderungen im Umfeld anzuweisen“, schreibt McChrystal in seiner Lageanalyse. Es mangle den fünf Regionalkommandos an Koordination und klaren Prioritäten.

„Eine Beschränkung, die es uns unmöglich macht, die Kräfte der Isaf den taktischen Notwendigkeiten entsprechend einzusetzen, ist ein Rezept, das zum Scheitern führen kann“, meint Ex-General Naumann. Die „zum Teil fragwürdigen Befehlsstrukturen“ sollten gestrafft werden. Nato-Fachmann Kamp vergleicht sie mit der Fertigung von Airbus-Flugzeugen: „Jeder will mitreden, das führt zu viel Ineffizienz und hohen Kosten.“ Freilich dürfte es Berlin leichter fallen, das Mandat auszuweiten – wie bei jeder früheren Revision –, als Kampfruppen in den Süden zu entsenden. Diese rote Linie haben zwei Regierungen nicht überschritten.

Entscheidet sich Obama hingegen für den Rückzug, müsste er sich ebenfalls mit den Verbündeten arrangieren. Dafür böte sich die von Kanzlerin Merkel und dem britischen Regierungschef Gordon Brown angeregte Afghanistan-Konferenz an, die statt Ende 2010 nun in diesem Jahr stattfinden soll. „Die Nato könnte dort die Formel vereinbaren, dass für jeden neuen afghanischen Polizisten und Soldaten ein ausländischer abgezogen wird“, schlägt Conrad Schetter vor.

Allerdings würde eine solche Konferenz, die die Ziele für die nächsten Jahre festlegt, einen legitimen afghanischen Partner erfordern. Noch ist nicht klar, ob Hamid Karsai die Präsidentenwahl in der ersten Runde gewonnen hat; westliche Diplomaten hegen schwere Zweifel. Die afghanische Wahlbeschwerdekommission prüft derzeit stichprobenartig die Auszählung von dreitausend Wahlurnen – ein Vorgang, der Wochen dauern kann. Da wegen des einsetzenden Schneefalls von Mitte November an nicht mehr regulär gewählt werden kann, müsste ein zweiter Wahlgang auf das Frühjahr verschoben werden.

Seinen für die kommende Woche geplanten Berlin-Besuch hat General McChrystal abgesagt – erst muss Obama die Strategie festlegen. Auf einen kann sich Berlin aber schon einstellen: „Die Nachfrage nach deutschen Polizeiausbildern wird stark steigen. Die braucht man in jedem Szenario“, prophezeit Karl-Keinz Kamp.



# Kein Abzug, aber eine Übergangsstrategie

ITALIEN Die öffentliche Meinung ist gegen den Einsatz. Doch der Regierungschef hält die Fahne hoch

Von Ruth Pfiem, Rom

Umberto Bossi ging in die Offensive: „Wir wollen die Jungs bis Weihnachten zu Hause haben“, forderte der Führer der Koalitionspartei Lega Nord. Das Attentat, das Mitte September sechs italienischen Fallschirmjägern das Leben kostete, hat auch in Italien die Diskussion über den Militäreinsatz am Hindukusch neu entfacht. Außenminister Franco Frattini beeilte sich, die offizielle Haltung darzustellen: „Wir sind in Afghanistan, wir werden in Afghanistan bleiben, aber nicht für immer.“

Auch Regierungschef Silvio Berlusconi versucht die Bündnispartner zu beruhigen. Nachdem er unter dem Eindruck des verheerenden Anschlags zunächst einen Truppenabzug nicht ausgeschlossen hatte, äußert er nun: „Wir können unseren Einsatz jetzt nicht zeitlich begrenzen, darüber müssen wir mit unseren Partnern reden, in erster Linie mit den USA.“ Der Ministerpräsident prägt den neuen Begriff „Übergangsstrategie“, um sich von der Forderung nach einer „Ausstiegsstrategie“ abzusetzen. Deren Kernpunkt sei, so Berlusconi, der afghanischen Regierung immer mehr Verantwortung für die Sicherheit des Landes zu übertragen und die Zahl der afghanischen Soldaten weiter zu erhöhen. Die Entsendung von weiteren hundert Carabinieri zur Truppenausbildung in diesem Monat ist bereits beschlossen.

In den Erklärungen der Regierungspolitiker ist Besorgnis darüber zu spüren, dass die Italiener nach den weiteren Todesopfern dem Militäreinsatz in Afghanistan immer kritischer gegenüberstehen. 58 Prozent der Italiener lehnen den Einsatz inzwischen ab, die Hälfte von ihnen wählt traditionell Mitte rechts, fanden Meinungsforscher heraus. Die ablehnende Haltung wächst langsam, aber stetig. Dies setzt die Regierung mehr unter Druck als Demonstrationen von Kriegsgegnern, die noch zu Zeiten des Irak-Einsatzes das Straßenbild beherrschten. Paradoxerweise findet die eher stille, ablehnende

Mehrheit keinen Rückhalt in den Parteien. Die große Oppositionspartei, die Demokraten, hat den Einsatz in Afghanistan – im Gegensatz zum Irak – stets unterstützt. Auch die Christdemokraten in der Opposition, die UDC, haben dafür gestimmt.

Einzig die Partei des Anti-Korruptions-Staatsanwalts Antonio Di Pietro spricht sich für einen Abzug der italienischen Truppen im Rahmen einer „Exit-Strategie“ aus. So befinden sich die Kriegsgegner de facto in der außerparlamentarischen Opposition. Doch die hat gegenwärtig andere Sorgen. Ihre Aktionen richten sich auf die Verteidigung der Pressefreiheit, die sie durch Regierungschef und Medienzar Berlusconi bedroht sieht.

Die Italiener sind sehr stolz auf ihre Soldaten. Ihr Einsatz in ausländischen Militär- und Friedensmissionen ist daher selten umstritten. Nur der Einsatz im Irak passte nicht in dieses Bild. Das Wahlkampfversprechen, die Truppen dort abziehen, trug 2006 nicht unwesentlich zum Sieg Romano Prodis über Berlusconi bei. Derzeit sind mehr als 8500 Soldaten im Ausland im Einsatz, 3300 davon in Afghanistan, wo Italien der viertgrößte Truppensteller ist. Dazu kommen Libanon, verschiedene Einsatzorte auf dem Balkan, in Somalia und Darfur. Verteidigungsminister Ignazio La Russa ist bereit, bis zu 12 000 Soldaten abzustellen. Seine Generale sehen das anders. „Wir sind an den Grenzen unserer Kapazitäten angelangt“, sagt Mauro Del Vecchio, der frühere Isaf-Stabschef.

Nach einem weiteren Attentat in Herat, bei dem vergangene Woche zwei Fallschirmjäger verletzt wurden, fasste Berlusconi den Stand seiner Überlegungen so zusammen: „Wir sind dort aus Überzeugung. Anfang Oktober wird das Kabinett die Fortsetzung des Einsatzes beschließen, und das Parlament wird dies bestätigen. Und dann werden wir mit den Verbündeten darüber reden, was zu tun ist, um die volle Demokratie in diesem Land sicherzustellen.“

# Nationale Zweifel

GROSSBRITANNIEN Fachleute geben der Mission höchstens noch drei Jahre Zeit

Von Sebastian Borger, London

Woche für Woche wiederholt sich das traurige Ritual: Zur Mittagstunde fährt im Schrittempo ein Leichenwagen durch die Straßen von Wootton Bassett, an denen Hunderte, manchmal Tausende stehen, um dem Toten stumm ihre Ehrerbietung zu bezeugen. Der 1300 Jahre alte Marktflecken liegt auf dem Weg zwischen dem Militärflughafen Lyneham und dem Institut für Gerichtsmedizin in Oxford. Dort werden zentral alle britischen Kriegstoten obduziert. In dieser Woche beklagt das Vereinigte Königreich schon das 218. Opfer des Afghanistan-Einsatzes. Allein im laufenden Jahr sind 80 britische Soldaten am Hindukusch gefallen, vom Brigadekommandeur bis zum 18-jährigen Gefreiten.

Instinktiv scharen sich die Briten um ihre Armee. Sie sind seit Jahrhunderten daran gewöhnt, dass „unsere Jungs“ in die Welt geschickt werden und dort „für Königin und Vaterland“ kämpfen. Fast 16 000 Soldaten sind seit Ende des Zweiten Weltkriegs in Kriegen, bei Terroranschlägen und Unfällen ums Leben gekommen. Afghanistan ist nur der letzte in einer langen Reihe von Auslandseinsätzen.

Neben den Toten erhalten zunehmend auch die Verwundeten größere Aufmerksamkeit. Die BBC strahlte jetzt zur Hauptsendezeit eine Dokumentation aus, die zwei grässlich verstümmelte junge Soldaten bei ihrer mühsamen Rehabilitation begleitete. „Ich war 1,80 Meter groß und 72 Kilo schwer“, erinnert sich darin Unteroffizier Tom Neathway an die Zeit, ehe ihm eine Taliban-Bombe beide Beine und den linken Arm abriß. „Jetzt bin ich ungefähr 1,20 groß und wiege 50 Kilo.“ Nach 13 Operationen und drei Herzstillständen will der 24-Jährige in Rekordzeit auf seinen Prothesen laufen lernen – so rechtzeitig, dass er stehend einen Orden aus der Hand des Thronfolgers Prinz Charles empfangen kann.

Die von brutaler Ehrlichkeit geprägte Sendung heimste glänzende Kritiken ein – im kriegserprobten Königreich wachsen die Zweifel am Einsatz. Einer Umfrage des YouGov-Instituts gemäß wünschen sich zwei Drittel der Briten einen baldigen Abzug ihrer Truppen. Selbst Super-Patrioten wie die 92 Jahre alte Schlagersängerin Vera Lynn, deren Durchhaltegeduld aus dem Zweiten Weltkrieg jüngst wieder an Nummer eins der Hitparade standen, geben sich skeptisch: „Ich weiß nicht, was wir eigentlich in Afghanistan sollen.“

Andere gehen weiter. Erfahrene Entwicklungshelfer wie Matt Waldman sprechen von einer „fundamentalen Fehldiagnose“ der Verhältnisse vor Ort: „Unsere Soldaten können nicht mehr als ein Patt erreichen.“ Der frühere Chef des Verteidigungsstabes, Charles Guthrie, mahnt bessere Führung an: „Die Soldaten in Afghanistan stehen im Krieg, aber hier in London fühlt sich das nicht so an.“ Ähnlich sieht das offenbar auch Andrew Mackay. Erst vor drei Monaten hatte der 52-jährige General das Kommando über sämtliche Einheiten Schottlands, Nordirlands und

Nordenglands übernommen. Vergangene Woche nahm er seinen Abschied, ohne öffentlich Gründe zu nennen. Ein früherer Stabsoffizier war weniger zurückhaltend: Mackay sei „unzufrieden“ gewesen mit dem Mangels an Unterstützung durch die Regierung Gordon Browns, berichtete er der BBC.

Immer wieder sind in den vergangenen Monaten schwere Ausrüstungsmängel der Armee zur Sprache gekommen. Nach der YouGov-Umfrage beziehtigen 82 Prozent der Briten ihre Regierung, sie gewähre den Streitkräften keine ausreichende Unterstützung. Verteidigungsminister Bob Ainsworth gestand kürzlich ein, dass die Soldaten über Ausrüstungsmängel klagen. Bei der medizinischen Versorgung werden unvorteilhafte Vergleiche gezogen mit der Ausstattung amerikanischer oder deutscher Einheiten. Ainsworth hält jedoch viele der Klagen für unberechtigt und beteuert: „Wir können in Afghanistan gewinnen.“

Aber wann? „Die Zeit ist nicht auf unserer Seite“, sagt Generalmajor Nick Carter, der dieser Tage das Kommando über die 9100 Briten am Hindukusch übernimmt. Zwei bis drei Jahre, mehr Zeit mag kaum ein Militärspezialist in London dem Einsatz noch geben. „Die Nato sollte ganz klar sagen, dass sie kein Verlangen nach dauerhafter Präsenz hat“, findet John Chipman vom renommierten Strategie-Institut IISS und nennt sogar einen Zeitrahmen: Innerhalb der nächsten zwei Jahre solle die Präsenz des Militärs zugunsten der Entwicklungshilfe geringer werden.

Das sind ungewöhnlich klare Worte in einer Nation, die sehr genau weiß, dass nicht nur Waffengewalt zur Kriegsführung gehört, sondern auch geschmeidige Psychologie. Werden die Taliban nicht einfach ausharren und am Ende ihren Sieg verkünden? „Wir haben die britischen Invasoren 80 Jahre lang bekämpft, von 1839 bis 1919“, verkündete erst kürzlich der flüchtige Taliban-Führer Mullah Omar. „Am Ende stand unsere Unabhängigkeit.“

Die IISS-Experten sprechen von der Notwendigkeit, den Dialog mit „versöhnungsbereiten“ Taliban voranzutreiben. Dafür hat US-Kommandeur Stanley McChrystal eigens einen früheren Kommandeur der Spezialeinheit SAS aus dem Ruhestand geholt. Generalleutnant Graeme Lamb mahnt zur besseren Koordination der westlichen Anstrengungen zum Aufbau staatlicher Strukturen in dem armen Land. „Wir haben bisher 69 Programme und Projekte gezählt, die meisten sind überhaupt nicht aufeinander abgestimmt.“ Schon im Winter vor zwei Jahren drang Premierminister Gordon Brown darauf, militärische und zivile Hilfe besser zu koordinieren. Der britische Kandidat für das Amt des UN-Koordinators, Paddy Ashdown, scheiterte damals jedoch am Veto des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai.

„Zwei Drittel der geplanten Terroranschläge in Großbritannien wurden im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan geplant“, rechtfertigt Regierungschef Brown die Mission. Liberale Demokraten und Konservative halten ihm die Stange – noch.

Advertisement for a book fair event at the Frankfurt Book Fair. Features a photo of Dieter Wellershoff and text: 'Herzlich willkommen im Lesezelt auf der Frankfurter Buchmesse', 'Donnerstag, 15. Oktober 2009, 15.00 - 16.00 Uhr, Lesezelt', 'Dieter Wellershoff liest aus seinem neuen Roman „Der Himmel ist kein Ort“', 'Andreas Öhler, Literaturredakteur des Rheinischen Merkur, diskutiert mit dem Schriftsteller die irdischen und überirdischen Facetten ...', 'Lesung und Diskussion', 'Besuchen Sie gern auch den Stand des Rheinischen Merkur auf der Frankfurter Buchmesse in Halle 3.0, Stand-Nr. D 167 (Fachbesuchertage 14.-16.10.2009, Publikumstage 17. und 18.10.2009)'. Includes logos for 'merkur lounge' and 'Rheinischer MERKUR'.